Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 31 (1939)

Heft: 1

Artikel: Chronik des Jahres 1938

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352931

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Chronik des Jahres 1938.

Schweiz.

30. Jan.: Im Kanton Waadt wird ein Kommunistenverbot in der Volksabstimmung mit 34,798 gegen 12,700 Stimmen angenommen.

11. Febr.: Die Richtlinienbewegung reicht ein Volksbegehren gegen die Ausschaltung der Volksrechte ein, das von 289,765 gültigen Unterschriften unterstützt wird.

20. Febr.: Der Verfassungsartikel über die Anerkennung des Rätoromanischen als vierte Nationalsprache wird in der Volksabstimmung mit 574,991 gegen 52,827 Stimmen angenommen.

Das Volksbegehren betreffend die Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie wird in der Volkabstimmung mit 418,021 gegen 65,938 Stimmen und von allen Ständen verworfen; der Gegenvorschlag hierzu wird mit 394,052 gegen 149,025 Stimmen und von allen Ständen angenommen.

Im Kanton Schwyz wird ein Kommunistenverbot in der Volksabstimmung mit 5438 gegen 3517 Stimmen angenommen.

Bei den Regierungsratswahlen in Basel-Stadt werden die bisherigen 4 sozialdemokratischen Vertreter im ersten Wahlgang bestätigt, während die 3 bürgerlichen Kandidaten sich einem zweiten Wahlgang unterziehen müssen. Bei den Grossratswahlen erhalten die Sozialdemokraten 51 Mandate (bisher 47), die Kommunisten 15 (16) und die bürgerlichen Parteien zusammen 64 (67).

18. März: Der Bundesrat legt die Verfassungsartikel über die Neuordnung des Bundesfinanzhaushalts vor.

20. März: Die Stadtratswahlen in Zürich bestätigen die sozialdemokratische Mehrheit. Im Gemeinderat erhalten die Sozialdemokraten 60 Sitze (bisher 63) von 125, die Unabhängigen 20 (0), die nationale Front verliert alle 10 bisherigen Mandate.

21. März: Da der Anschluss Oesterreichs an Deutschland im Schweizervolke Beunruhigung geschaffen hat, gibt der Bundesrat in den eidgenössischen Räten die Erklärung ab, dass das Schweizervolk unter allen Umständen gewillt sei, unser Land zu verteidigen. Eine Erklärung aller Fraktionen sagt, das Volk sei entschlossen, sich bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

22. März: Der Nationalrat stimmt dem Gesetz über die Reorganisation der Bundesbahnen in der Gesamtabstimmung mit 95 gegen 19 Stimmen zu, wobei die sogenannten Personalartikel (Abänderung des Besoldungsgesetzes) fallen gelassen wurden.

30. März: Die Bundesversammlung genehmigt den Bundesbeschluss über die Gewährung eines Ergänzungskredites von 15 Millionen Franken für die Milchpreisstützung ohne Opposition.

1. April: Die Bundesversammlung beschliesst ein Gesetz über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern.

7. April: Der Landesring der Unabhängigen reicht eine Initiative zur Regelung des Notrechtes und der dringlichen Bundesbeschlüsse ein mit 55,786 gültigen Unterschriften.

28. April: Die Bundesversammlung genehmigt einen Bundesbeschluss über die Schaffung einer schweizerischen Filmkammer.

29. April: Der Bundesrat übergibt dem Völkerbundsrat ein Memorandum über die Wiederherstellung der umfassenden Neutralität.

4. Mai: Das Aktionskomitee für die Gütertransportinitiative (Litra) reicht bei der Bundeskanzlei die Unterschriftenbogen für das Volksbegehren betreffend eine Gütertransportordnung ein, mit 384,760 gültigen Unterschriften.

8. Mai: Bei den Regierungsratswahlen im Kanton Bern erhalten die Sozialdemokraten kampflos 2 Vertreter (von 9), die im zweiten Wahlgang gewählt werden. Die Grossratswahlen ergeben bei Reduktion der Mandate von 228 auf 184 64 Vertreter der Bauern- und Bürgerpartei (84), 55 Sozialdemokraten (79), 28 Freisinnige (32), 22 Jungbauern (17), 11 Konservative (0) und 4 andere (5).

10. Mai: Der Bundesrat legt einen Bericht vor über die Initiative der Richtlinienbewegung gegen die Ausschaltung der Volksrechte, mit einem Gegenvorschlag, der für dringliche Bundesbeschlüsse statt einer Zweidrittelmehrheit die Mehrheit der Mitglieder der eidgenössischen Räte fordert.

14. Mai: Ein Beschluss des Völkerbundsrates entbindet die Schweiz von der Mitwirkung bei wirtschaftlichen Sanktionen und billigt damit unsere umfassende Neutralität.

7. Juni: Der Bundesrat unterbreitet den Räten eine Verfassungsvorlage über Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung, die einen Kredit von rund 400 Millionen Franken vorsieht.

21. Juni: Die Kapitalertragssteuer an der Quelle wird vom Nationalrat in der Finanzvorlage mit 80 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

24. Juni: In der Schlussabstimmung nimmt der Ständerat die Finanzartikel mit 18 gegen 11 Stimmen an; der Nationalrat verwirft sie mit 62 gegen 61 Stimmen.

Die Bundesversammlung beschliesst eine Ausdehnung der Wiederholungskurse auf 18 Tage (Abänderung des Bundesgesetzes vom 12. April 1907/28. September 1934 betreffend die Militärorganisation).

Das Bundesgesetz über das Mindestalter der Arbeitnehmer, das das Mindestalter für den Eintritt ins Erwerbsleben von 14 auf 15 Jahre erhöht, wird von der Bundesversammlung genehmigt.

1. Juli: Der Bundesrat beschliesst, den Räten die Verlängerung des Fiskalnotrechtes um drei Jahre durch dringlichen Bundesbeschluss zu beantragen.

3. Juli: Das schweizerische Strafgesetzbuch wird in der Volksabstimmung mit 358,438 gegen 312,030 Stimmen angenommen.

8. Juli: Der Bundesrat veröffentlicht eine Botschaft über den Schutz der Heimarbeiter und den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Heimarbeit.

2. Aug.: Vertreter der vier grössten Fraktionen der Bundesversammlung beschliessen, dem Volke eine verfassungsmässige Uebergangslösung in der Finanzfrage vorzulegen.

10. Aug.: Eine Konferenz von Vertretern aller Fraktionen bereinigt diese Uebergangsfinanzvorlage.

13. Aug.: Der Bundesrat beschliesst eine Erhöhung des Getreidezolles von 60 Rappen auf 3 Franken.

9. Sept.: Als Vorschuss auf das künftige Arbeitsbeschaffungsprogramm beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten einen Kredit in Höhe von 70 Millionen Franken.

20. Sept.: Der Nationalrat beschliesst mit 80 gegen 60 Stimmen Ablehnung der Dringlichkeitsinitiative und Annahme des bundesrätlichen Gegenvorschlages.

28. Sept.: Der Ständerat beschliesst mit 30 gegen 4 Stimmen Verwerfung der Dringlichkeitsinitiative und Annahme des bundesrätlichen Gegenvorschlages.

30. Sept.: In der Schlussabstimmung werden die Verfassungsartikel über das Fiskalnotrecht im Nationalrat mit 95 gegen 3 Stimmen angenommen, bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion; im Ständerat wird der Beschluss mit 29 Stimmen gefasst.

10. Nov.: Unter Leitung der Bundespolizei wird eine Untersuchung gegen die «Eidg. soziale Arbeiterpartei», den «Bund treuer Eidgenossen» und den «Volksbund» durchgeführt.

11. Nov.: Die Bundesversammlung bewilligt einen Kredit von 70 Millionen Franken für die Verstärkung der Landesverteidigung und für Arbeitsbeschaffung als Vorschuss auf die grosse Arbeitsbeschaffungsvorlage.

12. Nov.: Ein dringlicher Bundesbeschluss verlängert die Geltungsdauer der Massnahmen zum Schutze des Schuhmachergewerbes.

27. Nov.: In der Volksabstimmung wird der Verfassungsartikel betreffend die Uebergangsordnung des Finanzhaushaltes, der der Bundesversammlung das Recht gewährt, während drei Jahren die Bundesfinanzen im Rahmen der bisherigen Finanzprogramme (mit einigen Aenderungen) zu regeln, mit 509,387 gegen 195,538 Stimmen und einem Ständemehr von 24 gegen 1 angenommen.

5. Dez.: Bundesrat Meyer tritt zurück.

8. Dez.: Das grosse Komitee der Richtlinienbewegung beschliesst, die Initiative gegen die Ausschaltung der Volksrechte zugunsten des Gegenvorschlages der Bundesversammlung zurückzuziehen.

15. Dez.: Die vereinigte Bundesversammlung wählt mit 117 Stimmen Dr. Wetter zum Bundesrat; auf den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Klöti entfallen 98 Stimmen.

22. Dez.: Die Hilfsmassnahmen zugunsten der Hotellerie und der Stickerei werden in einem dringlichen Bundesbeschluss um zwei Jahre verlängert, ebenso die rechtlichen Schutzmassnahmen zugunsten der Landwirtschaft.

22. Dez.: Die Bundesversammlung beschliesst eine Aenderung des Gesetzes über die Wahl des Nationalrates, wodurch das kollektive Abändern der Wahlzettel untersagt wird.

27. Dez.: Der Bundesrat veröffentlicht einen Bericht über den gegenwärtigen Stand und sein Programm zur weitern Verstärkung der Landesverteidigung, worin die benötigten ausserordentlichen Kredite auf 350 Millionen Franken geschätzt werden. Zur teilweisen Tilgung wird ein Wehropfer in Aussicht genommen.

Ausland.

4. Febr.: Zahlreiche deutsche Generäle werden ihres Amtes enthoben, damit der Einfluss der N. S. D. A. P. auch in der Armee vollständig wird.

12. Febr.: Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg begibt sich nach Berchtesgaden zu Hitler, der den Anschluss Oesterreichs fordert.

21. Febr: Der englische Aussenminister Eden demissioniert, weil er mit der Versöhnungspolitik Chamberlains gegenüber den Diktaturstaaten nicht einverstanden ist.

10. März: Die französische Regierung Chautemps tritt zurück.

11. März: Bundeskanzler Schuschnigg tritt auf ein von der deutschen Regierung gestelltes Ultimatum hin zurück und wird durch den Nationalsozialisten Seyss-Inquart ersetzt. In der Nacht auf den 12. März marschieren deutsche Truppen in Oesterreich ein, ein Tag bevor die Volksabstimmung über den Fortbestand der Unabhängigkeit Oesterreichs hätte stattfinden sollen.

13. März: Die nationalsozialistische Regierung in Wien erklärt den Anschluss Oesterreichs an Deutschland.

In Frankreich wird eine neue Regierung gebildet aus Nationalisten und Radikalen unter der Führung Léon Blums.

In Moskau werden 18 Todesurteile gefällt gegen bisherige bolschewistische Führer.

8. April: Die Regierung Blum tritt zurück, da der Senat die geforderten Finanzvollmachten ablehnt. Die neue Regierung bildet sich unter Daladier, wobei die Sozialisten auf Beteiligung verzichten.

29. Juli: An der russisch-mandschurischen Grenze kommt es zu Gefechten zwischen russischen und japanischen Truppen.

12. Sept.: Die tschechoslowakische Regierung lehnt ein Plebiszit für die sudetendeutschen Gebiete ab.

13. Sept.: Die tschechoslowakische Regierung verhängt das Standrecht über die Bezirke, in denen nationalsozialistische Aufstände zu befürchten sind.

15. Sept.: Der englische Ministerpräsident Chamberlain fliegt nach Berchtesgaden, um sich mit Hitler über die Lösung des sudetendeutschen Problems zu besprechen. Hitler fordert den Anschluss des Sudetengebietes.

19. Sept.: Bei den Gemeindewahlen in Schweden erreichen die Sozialdemokraten erstmals die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

21. Sept.: Die tschechoslowakische Regierung erklärt die Annahme der englisch-französischen Vorschläge über eine Abtretung sudetendeutscher Gebiete.

Die republikanische Regierung Spaniens gibt einen Beschluss bekannt, wonach sie sämtliche ausländische Truppen in ihre Heimat entlassen wird.

22. Sept.: Unter General Sirovy bildet sich eine Regierung der nationalen Konzentration unter Einbezug aller Parteien der Tschechoslowakei.

Chamberlain begibt sich nach Godesberg zu einer zweiten Besprechung mit Hitler, der nun weitergehende Forderungen stellt und der Tschechoslowakei eine Frist für die Räumung der abzutretenden Gebiete bis 1. Oktober gewährt.

24. Sept.: Staatspräsident Benesch ordnet die Generalmobilmachung der tschechoslowakischen Armee an. Frankreich beruft weitere Reserven ein.

26. Sept.: Das englische auswärtige Amt erklärt, wenn ein deutscher Angriff gegen die Tschechoslowakei erfolge und Frankreich dieser zu Hilfe komme, würden Grossbritannien und Sowjet-Russland mit Bestimmtheit an der Seite Frankreichs stehen.

27. Sept.: Die englische Flotte wird mobilisiert. Belgien, Holland und andere Staaten berufen Truppen ein.

29. Sept.: Chamberlain, Daladier, Mussolini, Hitler kommen in München zusammen und treffen ein Abkommen über die Abtretung des sudetendeutschen Gebietes, das vom 1. Oktober an innert 10 Tagen von der Tschechoslowakei zu räumen ist.

30. Sept.: Die tschechoslowakische Regierung nimmt die Beschlüsse von München an, unter Protest gegen die einseitig ohne ihre Teilnahme getroffene Entscheidung.

1. Okt.: Die deutschen Truppen beginnen mit der Besetzung des Sudetengebietes.

5. Okt.: Staatspräsident Benesch tritt zurück.

Die Tschechoslowakei willigt in die Abtretung der Gebiete von Teschen und Freistadt an Polen ein.

11. Okt.: Ungarische Truppen besetzen tschechoslowakische Gebiete, die an Ungarn abgetreten werden. Die Grenzbereinigung erfolgt erst später.

17. Okt.: Karl Kautsky stirbt im Alter von 84 Jahren in Amsterdam.

21. Okt.: Japanische Truppen marschieren in Kanton ein.

25. Okt.: Die Stadt Hankau fällt in die Hände der Japaner.

2. Nov.: Das englische Parlament genehmigt das Abkommen mit Italien mit 345 gegen 132 Stimmen.

Die Vertreter Deutschlands und Italiens fällen in Wien einen Schiedsspruch, wonach ein Teil Karpathorusslands an Ungarn abzutreten ist.

10. Nov.: Als Antwort auf das von einem Juden verübte Attentat auf den deutschen Botschaftssekretär in Paris finden in ganz Deutschland furchtbare Judenpogrome statt. Die deutsche Regierung legt den Juden eine Sondersteuer von 1 Milliarde Reichsmark auf.

30. Nov.: In Frankreich wird ein 24stündiger Generalstreik durchgeführt als Protest gegen den Abbau sozialpolitischer Massnahmen.

Dr. Hacha wird zum Präsidenten der tschechoslowakischen Republik gewählt. Die neue Regierung bildet sich unter Bera.

In der italienischen Kammer wird für die Abtretung von Tunis und Korsika an Italien demonstriert.